

Danziger Dampfboot.

N^o. 196.

Montag den 24. August.

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Abonnementspreis hier in der Expedition Vortschaffengasse No. 5. wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.



1863.

34ster Jahrgang.

Inserate, pro Petit-Spaltzeile 1 Sgr., werden bis Mittags 12 Uhr angenommen.

Inserate nehmen für uns außerhalb an:
In Berlin: Kettemeyer's Centr.-Ztg.- u. Annonc.-Bür.
In Leipzig: Ilgen & Fort.
In Breslau: Louis Stangen's Annoncen-Bureau.
In Hamburg-Altona, Frankf. a. M. Haafenstein & Vogler.

Telegraphische Depeschen.

Frankfurt a. M., Sonnabend 22. August.
Nachdem in der heutigen Fürstentage die ablehnende Schreiben des Königs von Preußen verlesen worden, begann die Diskussion über einzelne Punkte des Reformprojekts. Das Resultat war dem Vernehmen nach bisher dem letztern günstig und Aussicht auf eine Verständigung vorhanden. Wie gerüchtweise verlautet, wäre das Direktorialverhältniß bereits besprochen und geordnet.

Gestern hat Oesterreich an sämtliche beim Fürstentage theilnehmende Kabinette Behufs Erwägung der Mittel zu thunlicher Beschleunigung eine Denkschrift gerichtet.
Das „Frankfurter Journal“ veröffentlicht die Depesche des Herrn v. Bismarck an den preussischen Gesandten in Wien vom 14. August. Derselbe erzählt die Details betreffend die Einladung des Königs von Preußen nach Frankfurt. Am 7. August habe ein kaiserliches Handschreiben den König ersucht, wegen der Baderkur einen Prinzen nach Frankfurt zu entsenden. Denselben Tag noch habe der König abgelehnt. Hr. v. Bismarck hält es der Würde des Königs nicht entsprechend, in Frankfurt Vorschläge, worüber Preußen nicht gehört werden, entgegenzunehmen. Zu eigener Initiative sei der Moment nicht geeignet. Sollte gleichwohl Preußen veranlaßt werden, sich auszusprechen, so könnte es nur in einer nach Vollzahl der Einzelstaaten aus direkten Wahlen hervorgehenden Volksvertretung eine geeignete Grundlage erkennen.

Nach der „Europe“ würde nächsten Donnerstags die Rückäußerung Dänemarks über den Bundestagsbeschluss vom 9. Juli zu erwarten sein. Derselbe besage: Dänemark könne den Vorlagen des Bundestages nicht entsprechen, werde die Bekanntmachung vom 30. März aufrecht erhalten und eine Bundesexecution als Feindseligkeit gegen die Würde der Krone und gegen die Existenz der dänischen Monarchie betrachten. — Die „Europe“ versichert, daß die Grundzüge eines Defensiv- und Offensivvertrages zwischen Dänemark und Schweden bereits verabredet seien und daß eine Bundesexecution das Signal zum Einmarsch Schwedischer Truppen in Dänemark sein würde.

In der gestrigen Fürstentage begann man die Reformacte artikelweise der Berathung zu unterziehen. Artikel 1. „Erweiterung des Bundeszweckes“ wurde nach einer Einwendung des Herzogs von Sachsen-Altenburg, welche eine längere Rede des Herzogs von Koburg veranlaßte, einstimmig angenommen. Nächstdem wurden noch einige andere Artikel erörtert und genehmigt. Das Reformwerk im Sinne der Vorlage soll mit besonderer Wärme von den Königen von Baiern, Sachsen und Hannover befürwortet worden sein. Die nächste Conferenz wird morgen stattfinden.

Dresden, Sonnabend 22. August.
Nach einem Telegramm des „Dresdner Journals“ aus Frankfurt, sind in der heutigen Fürstentage mehrere Artikel des Reformprojekts bereits angenommen worden und werden nunmehr tägliche Conferenzen stattfinden; es wird ein befriedigender Abschluß erwartet.

München, Sonnabend 22. August.
In der heutigen außerordentlichen Sitzung der Abgeordnetenversammlung sagte der Präsident Hegnenberg in einer bezüglich der Reformacte gehaltenen Ansprache: Lassen Sie uns Zeugniß geben, daß die Bayerische

Volksvertretung in dem vorgelegten Reformentwurf den Ausgangspunkt einer bessern Zukunft Deutschlands, daß sie in dem Kongresse der Fürsten den ersten Schritt von dem Worte zur lang ersehnten That erkenne, indem wir die freudige Gelegenheit erfassen, durch einmüthige Kundgebung unserer Gesinnung und dem Einheitsbestreben anzuschließen und dasselbe zu fördern. Die ganze Kammer erhob sich schließlich auf die Aufforderung des Präsidenten und brachte den „nach Einigung strebenden deutschen Fürsten in Frankfurt“ ein dreifaches Hoch.

Kiel, Sonntag 23. August.
Das Sprachcollegium der Universität hat über den Verfassungskonflikt zwischen der deutschen Majorität der Schleswig'schen Ständeversammlung und dem königlichen Commissarius ein Rechtsgutachten dahin abgegeben, daß der letztere durchaus unbefugt gewesen sei, der Ständeversammlung die Entscheidung über die Gültigkeit der Wahlen zu verwehren.

Paris, Sonnabend 22. August.
Der „Courrier du dimanche“ glaubt die nachfolgende identische Schlußfassung der letzten nach Petersburg gesandten Noten verbriefen zu können. Derselbe lautet: Es bleibt jetzt dem Gouvernement die gebieterische Pflicht zu erfüllen, die ernsteste Aufmerksamkeit des Fürsten Gortschakoff für die Schwere der Lage und die Verantwortlichkeit, welche es Rußland auferlegt, anzurufen. Oesterreich, Frankreich und England haben es als dringlich bezeichnet, daß dem bedauernden Zustande, der voll von Gefahren für Europa, ein Ende gemacht werde; sie haben die Mittel angezeigt, deren Anwendung ihnen als eine Pflicht erscheint, um zu diesem Ziele zu gelangen. Wenn Rußland nicht Alles, was von ihm abhängt, thut, um die gemäßigten und versöhnlichen Absichten der drei Mächte zu verwirklichen, wenn es den durch die freundschaftlichen Rathschläge bezeichneten Weg nicht betritt, so wird es für die schweren Konsequenzen, welche die Verlängerung der polnischen Unruhen nach sich ziehen kann, verantwortlich.

Brüssel, Sonnabend 22. August.
König Leopold hat dem Erzherzoge Maximilian erklärt, er wolle in der mexicanischen Frage neutral bleiben. Das Projekt eines Familienrathes ist daher aufgegeben. Erzherzog Maximilian wird sich vor seiner Reise nach Biarritz in Laeken einige Zeit aufhalten.

K u n d g a u.

Berlin, 23. August.

Es ist sehr aufgefallen, daß die Regierung, obgleich mehre Blätter 3 und 4 Verwarnungen erhalten, bis jetzt noch kein Verbot einer Zeitschrift hat ergehen lassen. Der Berliner Korrespondent der „D. N. Ztg.“ erklärt dies dadurch, daß der König befohlen hat, daß jedes Vorgehen gegen die Presse nicht ohne seine ausdrückliche Genehmigung geschehen solle.

Der General-Major v. Nieben, Departements-Director im Marine-Ministerium, welcher sich nach Kühlen, in Mecklenburg-Schwerin, begeben hatte, ist von da wieder hier eingetroffen und hat die Geschäfte der Commandantur von Berlin bis zur Rückkehr des Commandanten, General-Lieutenants v. Alvensleben I., übernommen.

Die Regierung zu Frankfurt hat bestimmt, daß eine jede Turnfahrt der Schuljugend nur unter Leitung und Aufsicht der für sie verantwortlichen Lehrer vor sich gehen, „daß dazu stets die Zustimmung der vorgelegten Schulbehörde eingeholt werden muß,

und daß die Fahrt niemals und nirgends den Zeitraum eines Tages überschreiten, also ein Uebernachten der Jugend an fremden Orten dadurch nicht herbeigeführt werden darf.“

Coburg, 20. Aug. Ihre königliche Hoheit die Frau Kronprinzessin von Preußen ist gestern Abend, von Potsdam kommend, zum Besuch Ihrer Königl. Mutter hier eingetroffen.

Frankfurt a. M., 10. Aug. Die Antwort des Königs von Bayern auf die Ansprache des Kaisers von Oesterreich in der Sitzung der Fürstentage vom 17. August lautet:

„Der Einladung Eurer kaiserlichen Majestät folgend, sind wir hierher gekommen, Alle, wie ich nicht zweifle, befeelt von demselben bundestreuen und vaterländischen Gefühle, aus welchem die Einladung selbst hervorgegangen ist, und durchdrungen von dem heißen Wunsche, dem Verlangen nach zeitgemäßer Ausbildung der Bundesverfassung eine gerechte und für alle Theile heilsame Befriedigung zu gewähren.“

Dieser Uebereinstimmung im Ziele und Streben uns bewußt, haben wir uns versammelt, ohne im Einzelnen die Vorschläge zu kennen, welche Ew. kaiserlichen Majestät unserer gemeinschaftlichen Berathung zu übergeben beabsichtigten.

Wir haben es gethan in dem Vertrauen, daß der Geist gegenseitiger Rechtsachtung und gemeinschaftlicher Hingebung an die großen Gesammtinteressen, in welchem unsere Väter den deutschen Bund im Sinne und nach den Verhältnissen ihrer Zeit geschlossen haben, auch jene Vorschläge durchdringen und tragen werde. Wir leben des Vertrauens, daß dieselben demgemäß eine geeignete Grundlage bilden werden, um darauf im Geiste und nach den Bedürfnissen unserer Zeit einen Bau zu gründen, welcher der deutschen Nation, die an geistiger und sittlicher Tüchtigkeit, an Bildung und Thätigkeit, wie an materiellen Kräften keiner anderen Nation nachsteht, die gebührende Macht nach Außen in concentrirter Fassung und die ihrer Geschichte und ihrem Wesen entsprechende reiche Gliederung und Lebensfähigkeit im Innern gewährt und erhält.

In diesem Geiste werde ich die Vorschläge Ew. kais. Majestät in die gewissenhafteste Erwägung nehmen und mich darüber aussprechen, und ich glaube, hiermit der gleichen Gesinnung aller hier vereinigten Bundesgenossen Ausdruck geliehen zu haben. Ew. kais. Majestät haben es selbst ausgesprochen, daß die Vorschläge der Vollkommenheit fähig sind, und so lebhaft ich auch den Wunsch theile, daß die Grundzüge des Reformplanes ohne weitläufige Beratungen eine rasche und einmüthige Billigung finden mögen, und daß der Nation so nach alter deutscher Sitte die Bahn der Entwicklung durch ihre Fürsten selbst geöffnet werde, so wenig möchte ich es doch ausschließen, daß schon aus diesem unserem ersten Zusammentritt einzelne Modificationen jener Grundzüge hervorgehen könnten, zumal etwa solche, welche die rasche Einigung zu fördern und zur segensreichen That des freien Entschlusses zu gestalten vermögen.

Aus tiefer Seele theile ich das Bedauern Ew. kais. Majestät und gewiß theilen es mit uns alle unsere theueren Bundesgenossen, daß es uns noch versagt bleibt, des Königs von Preußen Majestät in unserer Mitte zu begrüßen. Halten wir die Hoffnung fest, daß bei unsäglichem nächsten Zusammentritt dieses mächtige Glied die große Kette deutscher Macht und Herrlichkeit abschließen werde, und vergessen wir nicht, daß wir diese Hoffnung in dem Grade der Erfüllung näher führen können, in dem unsere jetzigen Bestrebungen zu einem raschen und einmüthigen Beschlusse führen.

Deutschlands Völker haben, einzelne kurze Verirrungen und Wirren abgerechnet, seit nahezu einem halben Jahrhundert den Frieden des Rechtes und der Treue genossen. Verläugnen wir es nicht — da es oft verkannt worden —, daß der deutsche Bund und seine Verfassung der Grund war, auf dem jener Friede gepflegt ward. Verkennen wir aber auch nicht, daß diese Grundlagen nun der zeitgemäßen Fortbildung und Entwicklung, insbesondere auch durch organische Einfügung einer Vertretung der einzelnen Völker bedürfen.

